

geben können. In der Porzellanfabrik Uhlstädt geht das Geschäft gut und wie wir früher schon geschrieben, die Kaderet und Rafferei der Arbeiter, das Antreiben derselben ist dort zu Hause. Trotzdem aber werden noch Arbeiter gesucht und wer auf die Gesuche hin sein Teil in U. versucht, wird wohl meistens trübe Erfahrungen machen.

Was bezüglich den Raumverhältnissen in der Malerei, und den sanitären und hygienischen Zuständen überhaupt geschildert wird, dürfte wohl ebenfalls dem zuständigen Fabrikinspektor zugänglich gemacht worden sein, der sicher nicht versäumen wird, einmal in diese Fabrik hineinzuleuchten.

Ganz besonders geklagt wird über die Heranschaffung des Geschirres, was die Maler selbst besorgen müssen; wenn einer ein Service, wofür es 50 Pf. Lohn zum Dekorieren giebt, zusammen haben will, muß der Maler in der ganzen Fabrik herumlaufen, das Geschirr ist schwarz von Staub, der Maler muß es in dem Arbeitsraum abstauben, den Schmutz kann man sich denken, kurz, es soll alles möglich sein bis herab auf die Aborte, die ein anständiger Mensch nur im äußersten Falle aufsuche.

Das Verhältnis der organisierten Arbeiter zu den Unorganisierten ist ein ungünstiges und, wie wir auch schon früher geschrieben, dem Unternehmer ist es dort deshalb leicht gemacht, Rücksichten auf das Wohl und Wehe der Arbeiter außer Acht zu lassen. Was Hilfe es nun, wenn man immerfort die Dffentlichkeit von Uhlstädt beschäftigen würde und die Leute verharren in ihrem Individualismus zu ihrem eigenen Schaden trotzdem? Am Schluß der Ausführungen des Berufsgenossen, der die Augen der Kollegenschaft auf Uhlstädt lenken will, wendet er sich an die unorganisierten Berufsgenossen in Uhlstädt selbst und wollen wir diesen Teil hier folgen lassen:

„Ja, man wird fragen, wie kommt es denn, daß solche traurigen Zustände Platz greifen können? Sehen denn die Leute nicht ein, daß diese unhaltbaren Zustände über kurz oder lang abgeklärt werden müssen, gegen sie Front gemacht werden muß? Gibt es denn keine Zahlstelle am Orte? Ja, wie viele Versuche wurden nicht schon gemacht, die Leute für diese zu gewinnen, sie vom Werth und Nutzen unseres Verbandes zu überzeugen, daß nur durch Einigkeit und festen Zusammenschluß Front gegen derartige Ausbeuterei und Schikanerei gemacht werden kann! Aber alles umsonst. Mit einer erschreckenden Gleichgültigkeit sehen sie über alles hinweg, ohne zu murren, lassen sie sich den Brotkorb höher hängen, denken nicht daran, daß sie sich durch ihre Gleichgültigkeit und Interessenlosigkeit ins eigene Fleisch schneiden! Wir sind nun einmal zum Arbeiten da, es wird nicht anders,“ heißt es. — Abgestumpft gegen alles, eine Waffe aus der alles Selbstbewußtsein geschwunden ist! Wahlich, hier wird es dem Unternehmer leicht gemacht! Wie anders könnte es gerade hier aussehen, wenn sich die Kollegen aufraffen würden, ihren Indifferentismus von sich weisen würden! Kollegen von Uhlstädt! Wollt Ihr den Fluch Eurer Nachkommen auf Euch nehmen, wollt Ihr Euch nachsagen lassen, daß Ihr Schuld an diesen Verhältnissen seid, nicht dagegen angekämpft, dieselben vielmehr begünstigt habt? Wollt Ihr das? Wenn nicht, dann auf Ihr Kollegen, hinein in Euren Verband, bleibt stets eingedenk der Worte: Einer für Alle, Alle für Einen! Hoffen wir, daß diese Ermahnungen mehr Erfolg haben als unsere schon früher gemachten.

— **Mannheim.** Rheinische Porzellanfabrik von Sterner ist, wie aus der Bekanntmachung am Kopfe der „A.“ zu ersehen ist,

für unsere Mitglieder gesperrt. Deswegen, weil die böbliche Firma Berliner Verbandsmitglieder (und Selber) ächtet. Der Herr Sterner glaubt wohl mit seinem Werkführer, der dem Böhmerland entstammt, bedeutend bessere Geschäfte mit Unorganisierten machen zu können, als mit organisierten Arbeitern, jedenfalls wird er sich dabei aber verrechnen.

Leicht wird es ihm ja nicht, immer gleich Ersatzkräfte für die entlassenen, bösen, organisierten Arbeiter zu erhalten, doch finden sich leider immer noch Kollegen, die die Warnung vor Zuzug nicht brachten. So wurde uns aus Böhmen, welches Land Herr Sterner besonders mit seiner Werbung nach Ersatzkräften bevorzugt, mitgeteilt, daß ein Kopfdreher Hans Markgraf von Schladenerwerth und ein Dreher Höll von ebenda nach telegraphischer Einladung seitens des Herrn Sterner nach Mannheim abgereist sind. Und das, trotzdem sie mehrermals auf die verhängte Sperre — seitens Kollegen von Schladenerwerth aufmerksam gemacht worden sind. So sehr verlockend sind ja die Bedingungen, unter denen Herr Sterner Ersatzkräfte anwirbt, gerade nicht. Es liegt uns ein Schreiben des Herrn Sterner an einen Sortierer vor. Dieser soll ein wirklich tüchtiger, erfahrener Sortierer sein, darf dem Verbandsmitglied nicht angehören, als Lohn wird ihm pro Tag drei Mark zugesichert. Man bedenke in Mannheim, wo rheinische Verhältnisse herrschen, wo die Lebensbedürfnisse doch nicht wie in einem Dorfe des Thüringer Waldes sich darstellen, ganze 3 Mark für einen wirklich tüchtigen, erfahrenen Sortierer! Von der Verwaltung unserer dortigen Zahlstelle, die Herr Sterner ja immerhin noch nicht ganz zerschmettert hat, wird berichtet, daß der Herr Oberdreher Schnabl es sich sehr angelegen sein lasse, der Firma billige Arbeit zu liefern. Waischeiden sollen gegossen werden, weil sie gedreht Herr Sterner zu ihrer wurden. Für die Hälfte des bisherigen Lohnes sollten dieselben hergestellt werden, was dem betr. Gesperrten unmöglich erschien, sich weigerte und deshalb entlassen wurde. Jetzt soll Schnabl die Dinger fertigen, Überstunden macht er dabei, wahrscheinlich langt auch ihm der in normaler Arbeitszeit dabei zu erzielende Verdienst nicht zu.

Daß die Dffnung, die H. Sterner heraufbeschworen hat, doch auf die Produktion in seiner Fabrik Einfluß hat, geht daraus hervor, daß er gezwungen war, seinen Bedarf an Porzellan von anderen Fabriken zu decken.

— Von **Eberfeld** erhielten wir einen Gilbrief, worin folgendes berichtet wird: Am Montag, den 7. d. M.s. sind bei der Firma **Heinrich Peters**, Emailierwerk, fünf Maler, infolge Ablehnung einer längst versprochenen Lohnaufbesserung, in den Ausstand getreten.

Es kommen Schriftmaler in Betracht, jedoch wird die Firma sich auch mit Porzellan- und Emaille-Deformalern eventuell behelfen und entsprechende Gesuche loslassen. Man möge also obiges beachten und den Kollegen in Eberfeld nicht in den Rücken fallen.

— In **Marktleuthen** beliebt es die Leitung dortiger Porzellanfabrik (Drehsel) den Arbeitern ihr Koalitionsrecht streitig zu machen, bezw. wurde wegen der Verbandszugehörigkeit mehreren Berufsgenossen gekündigt. Es mußte die Sperre dieserhalb verhängt werden und die übrigen Mitglieder haben nun ihrerseits die Kündigung eingereicht. Herr Drehsel ist natürlich sehr orstig und hat er sich angeblich geäußert, daß er dafür sorgen wolle, daß die Entlassenen oder freiwillig gehenden in ganz Deutschland Arbeit nicht mehr bekommen.

Wie mitgeteilt wird, sollen nun tatsächlich auch schon 2 Dreher und 1 Maler

eine eben erst besetzte Arbeitsstelle wieder verloren haben. Ob so etwas nicht doch wohl gegen die guten Sitten verstößt?

Seider sind die Arbeiter demgegenüber nicht so soldatisch, als man es erwarten könnte, bereits 3 Dreher sind von Selb, ein Dreher von Regensburg und 1 Maler Aug. Koll, früheres Verbandsmitglied (ist das der musikalisch veranlagte? J.), der Sache ihrer Kollegen untreu geworden und spielen trotz des Vorgehens der Firma den Arbeitswilligen. Für die Berufsgenossen in Oberfranken und dem nahen Böhmen erwächst die Pflicht, jeden weiteren Zuzug nach Marktleuthen abzuhalten.

— In letzter Vorstandssitzung kam eine Differenzangelegenheit bei der Firma Mag. Reube in Kronach zur Verhandlung. Es sind bei den Malerinnen, Siebertinnen und Druckerinnen Lohnreduktionen vorgenommen worden, außerdem ist eine Maßregelung eines Genossen zu verzeichnen. Vorstellungen der Beteiligten haben nichts gefruchtet, in Folge dessen hat der Vorstand die Sperre über genannte Fabrik verhängt und den Mitarbeitern (es kommen im Ganzen von 86 Beschäftigten 25 Mitglieder in Betracht) ist unter Wahrung ihrer Ansprüche an den Verband, gestattet worden, ihre Kündigungen zu vollziehen. Wir erwarten, daß dortige Zahlstelle die Reklamation prompt auf dem Laufenden über die weitere Entwicklung der Differenz erhält. Der Zuzug von Ersatzkräften ist natürlich streng von dieser Fabrik fernzuhalten.

— **Köslau.** Vertrauensmännerkonferenz für den 2. Agitationsbezirk. Vorort Wittenberg. Abgehalten am 28. März 1902 bei Schreiber in Köslau. Tagesordnung: 1. Rechte und Pflichten der Agitationskommission und Vertrauensmänner. (Zu diesem Punkt wird ein einleitendes Referat gehalten.) 2. Anträge und Besprechung derselben zur Generalversammlung. 3. Aufstellung resp. Verständigung über Kandidaten zur Generalversammlung. 4. Wie soll in Zukunft gearbeitet werden? Anwesend sind sämtliche Vertrauensmänner des Bezirkes, als Gäste Genosse Faber-Bittin und mehrere Mitglieder der Zahlstelle Köslau. Der Vorsitzende Gen. Schröder-Wittenberg eröffnet um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr Vormittags die Konferenz und gibt die Tagesordnung bekannt, dieselbe wird dahin abgeändert, daß Punkt 4 mit unter 1 erledigt werden soll. Auf Anfrage eines als Gast anwesenden Genossen, ob selbige sich mit an der Debatte beteiligen können, wird zugestimmt. Da noch zwei Vertrauensmänner zu erwarten sind, wird Punkt 1 bis zu deren Erscheinen zurückgestellt und Punkt 2 zur Debatte gestellt. Bezüglich Schlichtsgericht wird der Antrag der Zahlstelle Köslau, welche das frühere sogenannte Dreimännergremium befürwortet, gut geheßen, im Ablehnungsfalle ist die Konferenz für den Antrag I Nürnberg. Antrag II Nürnberg wird abgelehnt mit Begründung, daß es für die Zahlstellenverwaltung ein äußerst schwieriges Amt ist, den Fragebogen gewissenhaft zu beantworten und es leicht zu Mißverständnissen führen kann. Antrag III Nürnberg wird ebenfalls abgelehnt. Antrag IV Nürnberg wird zugestimmt. Antrag I Oh druf wird angenommen. Die beiden noch fehlenden Vertrauensmänner betreten das Lokal, der Vorsitzende setzt dieselben von der Tagesordnung und den bis jetzt gepflogenen Verhandlungen in Kenntnis. Es wird beschlossen, bis zur Mittagspause bei diesem Punkte zu verbleiben. Eine längere eingehende Debatte rufen die Anträge Berlin II hervor. Trotzdem hervorgehoben wird, daß es Pflicht eines jeden Berufscollegen ist, der Danksatzion fortwährend anzugehören, ohne hierfür besonders belohnt zu werden, ist die Konferenz der Ansicht, die

stüßungsleistungen. Die Unterstützung konnte vom zweiten Tage der Arbeitslosigkeit an empfangen werden.

Aber schon nach drei Jahren wurde das mühsam errungene Unterstützungssystem, in das sich die Verwaltungen, wie ja erklärlich, nur mit großer Schmierigkeit eingelebt hatten, wieder durch ein differenzierteres, fünfklassiges ersetzt. Für alle Klassen mußte unter Beibehaltung derselben Leistungen der Beitrag um 5 Pf. erhöht werden. Es wurde aber gerade dadurch notwendig, die früher verworfene 10 Pf.-Klasse für die Berlinwa und besonders für die dem Verbands seit 1896 angehörenden weiblichen Berufsangehörigen wieder einzureihen, da für letztere bei den oft geradezu jämmerlichen Lohnverhältnissen die neu geschaffene unterste Klasse mit 25 Pf. Beitrag unzugänglich geworden war. Die jetzigen Leistungen sind: bei 10 Pf. Wochenbeitrag 4 Mk., bei 25 Pf. 8 Mk., bei 30 Pf. 10 Mk., bei 35 Pf. 12 Mk., bei 40 Pf. 14 Mk. wöchentlich für Arbeitslose auf der Reise und am Orte. Außerdem wird ein Zuschuß zu den Umzugskosten geleistet. Die Mitglieder sind nach einjähriger Beitragsleistung bezugsberechtigt, und die Höchstdauer der Unterstützung beträgt dreizehn Wochen. Um die Verwaltungsarbeit zu erleichtern, gilt für alle Mitglieder die Selbsteinschätzungspflicht, doch darf sich keiner eine höhere Unterstützung als drei Viertel seines Arbeitslohnes sichern. Nach den Beschlüssen von 1899 wird wöchentlich 2 Mk., nach zehnjährigem Festhalten am Verbands um 3 Mk. pro Woche erhöht. Streikende und Gemäßregelte empfangen, soweit sie die Karenzzeit noch nicht durchgemacht haben, die einfache Arbeitslosenunterstützung, nach einem Jahre erhalten sie die für zehnjährige Mitgliedschaft vorgesehene erhöhte Arbeitslosenunterstützung mit einer Zulage von 50 Pf. für jedes Kind. Von allen mir bekannten Gewerkschaften bezahlt der Zentralverband der Porzellanarbeiter die höchste Arbeitslosenunterstützung, er übertrifft selbst die Leistungen des Buchdruckerverbandes, welche allerdings durch die nach den einzelnen Orten ganz verschiedenen Sozialzuschläge auf die Arbeitslosenunterstützung (1,50 Mark bis 7 Mk.) beträchtlich erhöht werden. Um so mehr muß es uns in Erstaunen setzen, daß die Höchstdauer der Unterstützung auf 13 Wochen festgesetzt ist*, obgleich es einer starken Gewerkschaft doch gerade darauf ankommen muß, ihren Arbeitslosen nicht nur eine menschenwürdige Existenz zu sichern, sondern sie selbst auf Kosten der absoluten Höhe der Unterstützungssätze, so lange wie irgend möglich, von der Verschleudung ihrer Arbeitskraft zurückzuhalten. Vielleicht wird die wirtschaftliche Krise, welche sich schon jetzt im Berufe sehr stark fühlbar macht, den Porzellanarbeitern nach dieser Richtung einen Wink geben, um so mehr, da heute schon von manchen Seiten die Befürchtung laut wird, daß das Verbandsvermögen von 113 786,66 Mk. (11,70 Mk. pro Kopf) nicht ausreichen wird, um den eingegangenen Unterstützungsverpflichtungen nachzukommen. Nach der Meinung vieler Verbandsangehöriger ist es gerade die Höhe der Arbeitslosenunterstützung, welche die Kollegen zur frivolen Ausbeutung der Verbandskasse verführt, indem sie die Entlassung provozieren. Es wird darüber geklagt, daß sich die Zahl derer bedenklich vermehrt, welche nach empfangener Arbeitslosenunterstützung dem Verbands den Rücken kehren. Im Jahre 1896 waren es 101, im Jahre 1898 232 Mitglieder. Eines ist sicher: gerade ein Verband, der auf unter-

stützungstechnischem Gebiete so hohe Leistungen aufweisen kann, muß es sich zur wichtigsten Aufgabe machen, seinen Mitgliedern einzuschärfen, daß sie nicht einer wohlorganisierten Versicherungsgesellschaft, sondern einer Kampfesorganisation zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen angehören. Die Verbandsleitung läßt sich diese Pflicht allerdings sehr angelegen sein, doch sieht sie leider da und dort noch auf ziemlich große Verständnißlosigkeit. — Die Gesamtausgabe für Arbeitslosenunterstützung belaufen sich von 1891 bis 1900 auf 205 003 Mark; ungefähr in derselben Zeit hat die Mitgliederzahl um 58,8 pCt. zugenommen und betrug Ende 1900 9719; 20 75 pCt.***) der Berufskollegen gehörten dem Verbands an.

Soziales. Gewerkschaftliches etc.

— „Leben und Leben lassen“ soll die Devise des älteren Krupp gelautet haben. Der Sohn dieses Krupp sen. scheint nur mehr den ersten Teil der Devise gelten zu lassen. Er, dessen Einkommen über 20 Millionen jährlich beträgt, lebt zur Zeit auf der Insel Capri. Einem Teil seiner Arbeiter in Essen ist von einem Betriebsführer eine Arbeitsordnung aufgestellt worden, nach dessen Bestimmungen ihnen die Mittagspause gekürzt wird. Eine Versammlung beschloß Herrn Krupp telegraphisch und dann noch schriftlich zu ersuchen, die frühere Arbeitsordnung wieder herzustellen. Aber Herr Krupp, der in Capri jedenfalls auch nur eine kurze Mittagspause hält, trotz seiner gewiß anstrengenden Arbeit, hat den Arbeitern telegraphisch geantwortet, daß im Interesse des Betriebes die Maßregel der Verkürzung der Mittagspause aufrecht erhalten bleiben müsse. Daraufhin wieder Versammlung der Arbeiter, in welcher das Bedauern über die abweisende Antwort ausgesprochen wurde; zu gleicher Zeit wurden die Arbeiter aber auch aufgefordert, sich der gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen. Öffentlich kommen sie der Aufforderung noch.

— In Böhmen haben sich die Kommunal-Sicherheitsorgane der deutschen Ortsgemeinden zu einer Organisation zusammengeschlossen. Obwohl man sozialdemokratische Tendenzen in oberen Kreisen wittert, stehen doch auch viele Staats- und Kommunalbehörden dieser Organisation sympathisch gegenüber. Der Verein bezweckt durch Einwirkung auf die einzelnen Angehörigen des Standes der Kommunal-Sicherheitswachen deren Selbstbewußtsein zu heben, ihnen die Wichtigkeit des Sicherheitsdienstes vor Augen zu halten, in ihnen den Sinn für eine Zusammengehörigkeit zu wecken und sich zu bestreben, ihnen ein wirtschaftlich und sozial besseres Dasein zu verschaffen.

— Der Verband der Buchdrucker hat seit 1. Januar — Anfang d. J. um 1017 Mitglieder sich vermehrt. Die Tariftgemeinschaft, die öfter von gewissen Seiten verlästert wird, scheint auch in dieser Beziehung gut zu wirken. In der jetzigen schlechten Geschäftszeit haben die meisten Gewerkschaften Mühe, ihren Mitgliederstand zu halten, die Buchdrucker gehen auch nach dieser Richtung hin ein gutes Vorbild.

— Arbeiter-Bildungsschule in Berlin. Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links 2 Tr. Lehrplan für das 2. Quartal 1902. Dienstag. Geschichte: Die Literatur-Geschichte von Luther bis zur Gegenwart. Schriftsteller Dr. Rud. Steiner. Donnerstag: National-Ökonomie: Börsen und Banken. Schriftsteller G. Bernhardt. Freitag. Rede-

Übung: Übungen in mündlicher Rede und in schriftlichen Aufsatz. Schriftsteller Dr. Rud. Steiner.

Der Unterricht beginnt in Geschichte Dienstag, den 15. April; National-Ökonomie Donnerstag, den 17. April; Rede-Übung Freitag, den 18. April. Jeder Kursus erstreckt sich auf 10 Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr endet pünktlich 1/2 11 Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8 bis 9 Uhr geöffnet. — Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 Mk., und ist am zweiten Abend zu zahlen. — Der erste Abend jedes Kurses steht Jedermann zum unentgeltlichen Besuch frei.

Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kurses im Schullokal Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links II, und in nachstehenden Adressen: Gotfr. Schulz, Admiralstr. 40a; Reul, Barnimstr. 42; Vogel, Demminstr. 32; Krause, Müllerstr. 7a. — Alle Beschriften sind an den Vorstehenden Hermann Samme, Berlin SW., Mollatstraße 101. IV. Sendungen an den Kassirer Harich Adnig, Berlin S. 59, Hasenhalde 50, zu senden. Der Vorstand.

Versammlungsberichte etc.

Limnau. Eine von 79 Mitgliedern besuchte Versammlung beschäftigte sich mit seit längerer Zeit schwebenden Differenzangelegenheiten der Dreher, Brenner und Kaler in der Limnauer Aktienfabrik. Die betr. Personale haben verschiedene Forderungen an die Direktion eingereicht, welche allem Anschein nach in Gänze erledigt werden können. Ebenfalls fand die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung statt, wozu 102 Stimmen abgegeben wurden. Es erzielten:

Carl Hoffmann . . .	82 Stimmen
Louis Waldmann . . .	48 „
Albert Reimer . . .	21 „
Karl Admar . . .	19 „
Walter, Unterpörlitz . . .	12 „
Wölter . . .	1 Stimme
Born . . .	1 „
Dös . . .	1 „

Ein Stimmzettel wurde unbeschrieben abgegeben. Dem Gen. Waldmann, welcher vor längerer Zeit gemächert worden ist und jetzt wegen Krankheit sich in Roth befindet, wurden bereits verabsolgt 15 Mk. aus dem 5 pCt.-Fond bewilligt. Auch wurden die Personale der verschiedenen Fabriken am Orte aufgefordert, dahin zu wirken, daß Gen. Waldmann, welcher sich für die Arbeiterchaft genügend verdient gemacht hat, nicht Roth leiden müsse. Ferner wurde eine Resolution, welche vom Vorsitzenden an die „A.“ zur Veröffentlichung eingekandt werden soll, laut welcher der verurteilte Artikel in Nr. 13 der „A.“, zur Generalversammlung, gezeichnet G. M.—, der Wahrheit gemäß richtig gestellt wird, mit 74 gegen 5 Stimmen angenommen.

Hüps. Am Freitag, den 28. März fand in Hüps eine Vertrauensmännerversammlung des 13. Agitationsbezirktes statt und waren sämtliche Vertrauensmänner, mit Ausnahme von Hausen, vertreten. Gen. Hirsch eröffnete um 3 Uhr Nachmittag die Versammlung und betonte, daß der eigentliche Grund unseres Hierseins darin gipfelt, etwas Erprobliches in Bezug auf Agitation, sowie Anträge zu der Generalversammlung festsetzen zu können. Hierauf wurde während der Dauer unserer Verhandlung Gen. Rother-Roburg als Vorsitzender und Seelmann-Konach als Schriftführer gewählt. Nach einigen persönlichen Bemerkungen gingen wir auf den 1. Punkt unserer Tagesordnung, „Anträge zur Generalversammlung“, über und wurden folgende Punkte erledigt:

1. Antrag Burggrub. Die Generalversammlung wird ersucht zu bestimmen, alljährlich eine Agitationsrednerin für die Dauer einer Agitationsreise aus Verbandsmitteln zu engagieren.

Begründung: Weil dadurch die Arbeiterinnen mehr Vertrauen gewinnen und unsere Darstellungen eher zu Organisation zu bewegen sind.

2. Antrag. Die Vertrauensmänner des 13. Bezirkes stellen den Antrag, die Generalversammlung zu ersuchen, dahinzuwirken, daß an Stelle der 10 und 25 Pfennig-Beitragsstufe noch eine Zwischenstufe eingefügt wird. Die Höhe des Beitrages überlassen wir den Delegierten.

Begründung: Es wird dadurch den Arbeitern und Arbeiterinnen Gelegenheit geboten, sich höher oder niedriger zu versichern.

3. Antrag Schney. Die Generalversammlung wird ersucht, der Hauptverwaltung anheim zu stellen,

*) Auf Streikende und Gemäßregelte findet diese Beschränkung der Unterstützungsdauer natürlich keine Anwendung.

**) Die Generalkommission gibt 21,57 pCt an.

